

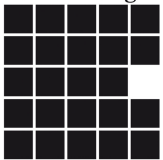
Mitgestalten

*Bürger*innenbeteiligung in Erlangen*

2014 - 2020



Stadt Erlangen



Stadt Erlangen

Bürgermeister und Presseamt

Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt

Dezember 2020

Der Inhalt

- 02 **Ausgangspunkt**
*Erwartungen der Bürger*innen und
Stufen der Beteiligung kurz
zusammengefasst*
- 03 **Gute
Bürger*innenbeteiligung
in Erlangen**
*Kernthesen und Voraussetzungen
im Verwaltungshandeln*
- 07 **Rückblick**
*Vorhabenliste, Erlangen
MITGESTALTEN und Formen der
Beteiligung*
- 11 **Ausblick**
*Bekannte Werkzeuge und
Erprobung neuer Formate*

Bürger*innenbeteiligung

in Erlangen 2014 bis 2020

Ausgangspunkt

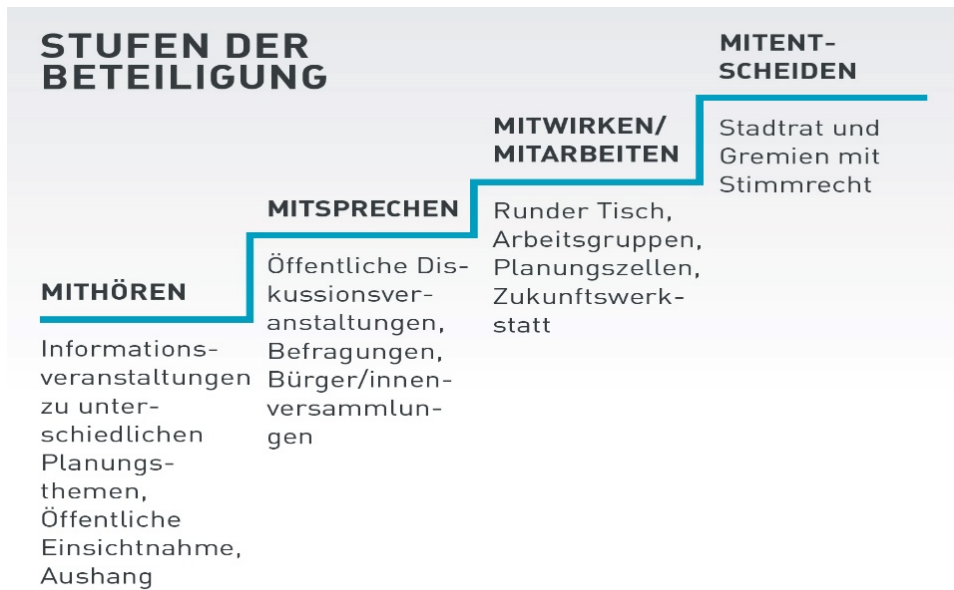
Nur auf die Entscheidungskompetenz der gewählten Volksvertretung zu vertrauen reicht vielen Bürger*innen nicht mehr aus. Bürger*innen erwarten, mehr und mehr einbezogen und gefragt zu werden, wenn es um Entscheidungen und Planungsvorhaben in ihrer Stadt geht. Und nicht nur in den gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsformaten, sondern auch dann, wenn ihr direktes Lebensumfeld sich verändert oder sie sich thematisch angesprochen fühlen. Auch der Erlanger Stadtrat sieht in der Beteiligung von möglichst vielen Bevölkerungsgruppen eine große Chance, Fachplanung mit der Alltagsexpertise der Bürger*innen zu bereichern. Mit frühzeitiger Information über kommunale Vorhaben und mit der Einladung zur Einbringung von Anregungen, Wünschen und auch Befürchtungen, kann Fachplanung rechtliche und fachliche Rahmung erklären und kreative Impulse mitnehmen.

Abhängig von Themen und Fragestellungen ist zu entscheiden, auf welcher Stufe der Beteiligung die interessierten Bürger*innen eingeladen werden können. Eigentumsverhältnisse, rechtliche Restriktionen oder fachplanerische Anforderungen und Vorgaben setzen hier immer wieder Grenzen. Manchmal bleibt dann nur die erste Stufe der Beteiligung – die Information. Zur transparenten Information gehört es dann, auch hier Grenzen und Rahmenbedingungen schon sehr frühzeitig zu kommunizieren und damit auch realistische Erwartungen zu erzeugen. Bürger*innen sollten nicht um der Beteiligung willen beteiligt werden. Vielmehr ist die Partizipation vor allem dann sinnvoll, wenn der Rahmen und die Stufe der Beteiligung klar kommuniziert werden können und die Einarbeitung der Anregungen im weiteren Prozess möglich ist.

Gute Beteiligung stärkt die Legitimation von Entscheidungen, ergänzt Fachplanungen mit dem Blick der Alltagsexpertise und fördert die Identifikation mit der Stadt. Diese Grundüberzeugung kann sich nur beweisen, wenn Qualitätskriterien beachtet werden und ein echter Beteiligungswille bei allen beteiligten Partnern vorhanden ist – bei Politik, Verwaltung/Fachplanung und Bürgerschaft.

Gute Bürger*innenbeteiligung in Erlangen

„Bürgerbeteiligung bedeutet die Möglichkeit aller betroffenen und interessierten Bürgerinnen und Bürger, ihre Interessen und Anliegen bei öffentlichen Vorhaben einzubringen“ oder „Bürgerbeteiligung bezeichnet (in Deutschland) die Beteiligung (...) der Bürger an einzelnen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen und Planungsprozessen“.



Stufen der informellen Bürger*innenbeteiligung („Handbuch Bürgerbeteiligung“)

Es gibt einige Definitionen des Begriffs Bürger*innenbeteiligung – alle verbindet der Begriff der Teilhabe, der Ermöglichung, der Entscheidungsvorbereitung, der Mitgestaltung.

Gute Bürger*innenbeteiligung ist jedoch nicht die Aneinanderreihung von Formaten und Themen, mit denen Bürger*innen sich beteiligen, sondern die Ermöglichung und Stärkung einer Kultur der Beteiligung. Gute Bürger*innenbeteiligung ist nicht der Wettstreit der Lauten, derer, die sich selbst zu Expert*innen küren und jede Fachlichkeit negieren.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, also direktdemokratische Verfahren, erfüllen nur dann die Kriterien für gute Bürger*innenbeteiligung, wenn im Vorfeld von Begehren und Entscheid die Möglichkeit zu Information, zur Diskussion und zur Suche nach der besten Lösung für Viele geschaffen und gewollt ist. Ansonsten bleibt der Prozess auf der Stufe von Marketing und dem besseren Slogan stehen und die Grundlage, auf der dann ein Kreuz bei ja oder nein gesetzt wird, bleibt dünn.

Bürger*innenbeteiligung kann sowohl von Entscheidungsträger*innen initiiert sein oder aber von Betroffenen und Bürger*innen ausgehen – auch durch Formen des Protestes. Bürger*innenbeteiligung wird in der Regel in der Verwaltung geplant, organisiert und durchgeführt. Die Ergebnisse sollen in die weiteren Planungen fließen und der Sachstand kommuniziert werden. Als Grundlage für Bürger*innenbeteiligung in Erlangen dient das 2015 entwickelte und 2016 vom Stadtrat beschlossene Leitbild „Gute Bürger*innenbeteiligung in Erlangen“.

In einem zweistufigen Prozess hatten je zehn Vertreter*innen aus Verwaltung, Bürgerschaft, Politik und Interessensvertretungen das „Leitbild“ für die Stadt Erlangen entwickelt. Die interessierten Bürger*innen konnten sich über einen Zeitungsaufruf melden, zehn Vertreter*innen wurden ausgelost. Bei den Interessensvertretungen wurden Verbände und Beiräte angesprochen (u.a. Natur- und Umweltschutz, Senioren, Migranten, Jugendliche, Menschen mit Handicap, Religionsgemeinschaften). Das Leitbild dient vor allem der Verwaltung und der Politik als Wegweiser und Orien-

tierungshilfe und wird ergänzt durch die Checkliste Bürger*innenbeteiligung, die als Handreichung zur Konzeptentwicklung im Fachamt genutzt werden soll. (Siehe Anhang Leitbild „Gute Bürger*innenbeteiligung Erlangen“ und „Checkliste Bürger*innenbeteiligung“.)

Zwei Kernthesen aus dem Leitbild

„Gute Bürger*innenbeteiligung informiert frühzeitig und transparent.“

Schon dieses erste und wichtigste Qualitätsmerkmal fordert Politik und Verwaltung zu hoher Sensibilität auf und steht im Spannungsfeld zwischen Erstinformationsrecht des Stadtrates und der frühzeitigen Einbindung von Betroffenen.

Wird hier nicht umsichtig agiert, verhärten sich Fronten schnell. Und das, was der Kern der Bürger*innenbeteiligung ist – das Aushandeln, das Suchen und Ringen um die beste Lösung für viele – ist dann nicht mehr möglich.

„Gute Bürger*innenbeteiligung nennt Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung.“

Hier geht es um Erwartungsmanagement. Wenn es um Information der Bewohner*innen, Betroffenen oder von Interessensvertreter*innen geht, dann darf, mit Blick auf Erwartungsmanagement, nicht Beteiligungsveranstaltung auf der Einladung stehen, sondern Information. Wenn Beteiligung möglich ist, müssen die Teilnehmenden zwingend erfahren, welche Spielräume vorhanden sind und wo rechtliche Vorgaben oder auch Eigentumsverhältnisse diese Spielräume beschränken. Grundsätzlich nehmen Bürger*innen eine andere Perspektive ein als Fachplaner*innen und Stadtentwickler*innen. Sie leben vor Ort und schauen anders auf ihr direktes Lebensumfeld. Als Expert*innen der eigenen Lebenswelt können sie hilfreiche Anregungen und Lösungsimpulse geben. Und am Beispiel des kommunalen Verkehrsentwicklungsplanes oder der StUB-Planung zeigt sich, dass Bürger*innen komplexe Materie nicht scheuen, sich auch in langen Prozessverläufen aktiv einbringen und Projekte durch wertvolle Impulse besser machen können.

Ohne eine grundsätzlich zustimmende Haltung in Politik und Verwaltung kann sich das Potential von Bürger*innenbeteiligung kaum entfalten. Und die demokratiefördernden Effekte werden nicht spürbar. Die Basis für gute Bürger*innenbeteiligung wird im politischen Raum bereitet, mit Unterstützung der Stadträt*innen und der Verwaltungsspitze, die das Thema unterstützen. Und auch in hohem Maße von den Kolleg*innen in den Fachämtern, die zuerst einmal mit Konzepten, Vorhabenliste und Veranstaltungsvorbereitungen einen Aufgabenzuwachs bewältigen müssen. Doch die Arbeit lohnt sich. Transparente, frühzeitige Information, die Möglichkeit Fragen zu stellen und so Zusammenhänge verstehen zu können, führt wiederum zu größerer Zustimmung auch bei polarisierenden Prozessen. Und wenn Bürger*innenbeteiligung dann auch noch Spaß macht und durch Anregungen aus der Bürgerschaft Fachplanung angereichert werden kann, ist dieser Mehraufwand zielführend.

Voraussetzungen für Bürger*innenbeteiligung im Verwaltungshandeln

Gute Bürger*innenbeteiligung kann ihre demokratiestärkende Wirkung nur entfalten, wenn sie politisch gewollt ist und entsprechend gefördert wird. Erlangen blickt auf eine längere Tradition der Bürger*innenbeteiligung zurück, die seit 2014 intensiviert wurde. In den kommenden Jahren sieht die Verwaltung Bürger*innenbeteiligung als eine wichtige gemeinsame Aufgabe an. Gewollt ist die Entwicklung und Erprobung neuer Formate und die weitere Stärkung der Beteiligung auf Orts- und Stadtteilebene.

Auf die Haltung kommt es an

Stören Bürger*innen die Verwaltung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben oder kann gute Beteiligung die Qualität von Fachplanung noch ergänzen? Reicht es nicht aus, wenn demokratisch gewählte Vertreter*innen gemeinsam mit den Fachleuten in der Verwaltung die politischen Weichenstellungen der Stadtentwicklung im Stadtrat entscheiden? Oder gibt es doch Zweifel an der Kompetenz der Bürger*innen?

Ob Bürger*innenbeteiligung gelingt, hängt in hohem Maße von der Haltung ab, mit der die Aufgabe angegangen und entwickelt wird. Bürger*innen sind sensibel dafür zu erspüren, ob nur um der Beteiligung willen beteiligt wird, oder ob ein wirkliches Interesse an der Expertise der Bürger*innen besteht.

Die Haltung ist ein Schlüsselement gelingender Bürger*innenbeteiligung.

VERWALTUNGSHALTUNG

Bürger*innenbeteiligung wird in der Regel in der Verwaltung geplant, organisiert, durchgeführt und die Ergebnisse werden eingearbeitet. Nur wenn die Kolleg*innen eine gemeinsame Idee von den Wirkmächten der Beteiligung haben, ein gemeinsames Ziel erkennen können und Unterstützung erhalten, ist eine Qualitätsentwicklung in diesem Themenfeld möglich. Es gibt aus der Vergangenheit einen Erfahrungsschatz gelungener und weniger gelungener Beteiligungsformate. Die Lernprozesse machen deutlich, dass es für die Planung einer gelingenden Veranstaltung auf sorgfältige Konzipierung ankommt und eine Menge von Stolpersteinen in den Blick genommen werden müssen. Um eine breite Grundlagenbasis zu schaffen, wurde in Erlangen in einem ersten Schritt innerhalb der Verwaltung begonnen, das Thema zu entwickeln. Die zweitägige Schulung durch die „Stiftung Mitarbeit“ mit dem Titel „Bürger*innenbeteiligung im Verwaltungshandeln“ konnte bisher zweimal durchgeführt werden und ist auf reges Interesse bei den Kolleg*innen aus den teilnehmenden Fachämtern gestoßen.

Wie in vielen anderen Städten sind auch die Erlanger Beteiligungsbürger*innen eher akademisiert. Auch in Erlangen werden öffentliche Diskussionen noch häufig dominiert von oft denselben interessierten und engagierten Bürger*innen, die auf Grund der beruflichen Biografie oft auch einen gewissen Anspruch an Durchsetzung mitbringen.

HALTUNG DER POLITIK

Innerhalb der Politik sind die Haltungen zum Thema Bürger*innenbeteiligung divers. Der Wunsch nach mehr Beteiligung heißt für die einen, die Qualität der Beteiligung stetig weiterzuentwickeln, genau zu schauen, welche Themen denn tatsächliches Beteiligungspotential haben.

Für andere ist mit dem Beteiligungsinstrument „Wahl“ in unserer repräsentativen Demokratie und der ehrenamtlichen Arbeit der Fraktionsmitglieder in den Ausschüssen und im Stadtrat dem Ruf nach Beteiligung schon viel Gehör verschafft.

Der vielfach beschriebene Vertrauensverlust in die Politik ist erst einmal ein Allgemeinplatz und bedarf genauerer Betrachtung. Bürger*innenbeteiligungsformate bieten die Chance, Entscheidungslogiken, die Komplexität von Interessenslagen, rechtliche Restriktionen und finanzielle Folgen zu kommunizieren. Und wenn die Stadtgesellschaft erlebt, dass Politik die Bedarfe und Bedürfnisse der Bevölkerung aktiv erfragt, wird das Anerkennung und Vertrauenszuwachs bewirken. Politik kann nur gewinnen, wenn gute Bürger*innenbeteiligung Standard in der Kommune wird. Orientiert am Leitbild, mit Qualitätskriterien verbunden, beraten und begleitet von Expertise im eigenen Haus, kann gute Beteiligung eine Strahlkraft entwickeln, die Vertrauen in Politik und Verwaltung stärkt.

HALTUNG DER BÜRGERSCHAFT

Beteiligung braucht den Willen zum Dialog. Beteiligung braucht die Bereitschaft zuzuhören. Beteiligung braucht eine wertschätzende Grundhaltung der Meinung und Haltung. Wenn das so einfach wäre!

Der Wunsch nach Beteiligung basiert in der Regel auf persönlicher Betroffenheit oder auf Interesse am Thema. Das heißt aber auch, dass oft viele Emotionen im Spiel sind. In einer solchen Situation offen zu sein, nicht abzuwerten, dass es auch andere Vorstellungen und Lösungsideen gibt, und zu respektieren, dass auch andere Interessen legitim sind, ist dann eine Herausforderung. Fachliche Hilfestellung und gute Moderation sind dann ein Erfolgsfaktor für gelingende Beteiligung. Die Stadt Erlangen baut seit einigen Jahren einen Moderator*innenpool auf. Im Fortbildungsangebot der Städteakademie ist exklusiv für Erlangen die Schulungsreihe zu den Grundlagen der Moderation und zur Großgruppenmoderation zu finden. Über das Personalamt können Moderator*innen angefragt werden.

Das macht es den Fachplaner*innen oft nicht leicht, mit ihrer Fachlichkeit Gehör und Akzeptanz zu finden und genau hier muss nun auch Bürgerschaft lernen.

Wenn Bürger*innen mehr Beteiligung einfordern, wäre es hilfreich, wenn auch die eigene Motivation überprüft wird. Geht es darum Recht zu haben, sich und das eigene Interesse durchzusetzen oder gibt es die Bereitschaft zuzuhören und anzuerkennen, dass es fachliche Grundlagen gibt und auch andere Ansichten und Interessen eine Berechtigung haben. Bin ich bereit eine Lösung zu suchen, die für viele gut ist? „Wie gehen wir miteinander um?“ ist eine zentrale Frage, mit der wir Beteiligungsprozesse, vor allem bei strittigen Themen, beginnen können. Einen Schritt in diese Richtung geht ein Erklärvideo, welches gerade entsteht und das zukünftig zu Beginn von Beteiligungsveranstaltungen gezeigt werden soll.

Rückblick

Transparenz ist eine entscheidende Voraussetzung für gelingende Bürger*innenbeteiligung. In den vergangenen Jahren wurden in Erlangen verschiedene Instrumente entwickelt, um die Transparenz im Verwaltungshandeln zu erhöhen und um wichtige Grundlagen für gute Bürger*innenbeteiligung zu entwickeln. Anträge, Beschlussvorlagen mit allen weiteren Informationen und Stadtratsbeschlüsse sind im Erlanger Ratsinfosystem allen Bürger*innen zugänglich und die Seiten der Fachämter im städtischen Internetauftritt bieten umfangreiche Informationen zu aktuellen Planungen und Vorhaben.

Vorhaben „Handbuch Bürgerbeteiligung“

In acht Handlungsfelder untergliedert zeigt das „Handbuch Bürgerbeteiligung“ auf, wie vielfältig die Beteiligungsmöglichkeiten und Formate in Erlangen angelegt sind. Gremienarbeit, Arbeit in unterschiedlichen Beiräten und Ausschüssen, Nutzung von Sprechstunden, politisches Ehrenamt im Stadtrat, die Hörer*innenvertretung der Volkshochschule oder die Erlanger Kulturdialoge sind nur ein Ausschnitt aus der Palette der Möglichkeiten sich einzubringen, mitzusprechen oder aktiv mitzugestalten.

Vorhabenliste

Transparente und frühzeitige Information als stabilen Grundstein für gute Beteiligung in Erlangen zu gewährleisten, ist bei einer Vielzahl von kommunalen Planungen und Vorhaben eine Aufgabe, die nur im guten Zusammenspiel der gesamten Stadtverwaltung möglich wird.

Mit der Vorhabenliste hat die Stadtverwaltung vor drei Jahren, als erste Kommune in Bayern, eine der wesentlichen Voraussetzungen zur Beteiligung geschaffen. Die Vorhabenliste ermöglicht die frühzeitige Information über Planungen und Vorhaben in der Stadt. Die benutzerfreundliche, interaktive Darstellung im Internet lässt sowohl eine Auswahl nach Themen oder Stadtteilen zu als auch eine Übersicht zum eigenen Stadtteil oder der Gesamtstadt.

Zweimal jährlich werden die Informationen aktualisiert, neue Vorhaben aufgenommen und abgeschlossene Projekte archiviert. In einer geringen Druckauflage liegen die Vorhabenlisten auch in den großen städtischen Gebäuden aus (z.B. im Museum, in der VHS, im Stadtteilzentren, etc.).

Die Vorhabenliste wird ab Januar 2021 mit einem Erklärvideo beworben.

Erlangen Mitgestalten

Die Internetseite „erlangen.de/mitgestalten“ komprimiert und bündelt die wichtigsten Informationen und Angebote rund um das Thema Information und Beteiligung:

- die Vorhabenliste
- die öffentlichen Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse („zuhören erwünscht“)
- die öffentlichen Sitzungen der Orts- und Stadtteilbeiräte

- den Veranstaltungskalender, der Termine anzeigt, die auf Beteiligungsmöglichkeiten verweisen
- den Mängelmelder, über den Bürger*innen auf Schäden und Mängel im öffentlichen Raum aufmerksam machen können

Mit dem Relaunch der Erlanger Homepage wird auch das Thema Bürger*innenbeteiligung in anderer Optik prominent bespielt.

Beteiligung an politischer Willensbildung

Beteiligung an politischer Willensbildung geschieht in Erlangen, außerhalb der Arbeit der ehrenamtlichen Stadträt*innen, sehr aktiv in den Gremien der vielen, verschiedenen Beiräte. Etabliert sind als beratende Gremien unter anderem die Orts- und Stadtteilbeiräte, der Ausländer- und Integrationsbeirat, der Seniorenbeirat, das Jugendparlament und der Nachhaltigkeitsbeirat.

Angelehnt an die Ortsbeiräte wurde 2016 auf Grund der langjährigen, positiven Erfahrungen mit der engagierten Arbeit vor Ort, die Idee umgesetzt, Stadtteilbeiräte einzuführen. Stadtteile als die kleinen Zellen der Stadtgemeinschaft bieten viele Möglichkeiten und Zugänge zu unterschiedlichen Zielgruppen und aktuellen Themen vor Ort. Die Konstituierung von Stadtteilbeiräten (Oktober 2016 bis Dezember 2017) war ein konsequenter Schritt, Beteiligungsmöglichkeiten auf Stadtebene zu installieren und den Interessen des Stadtteiles mehr Gehör zu verschaffen.

- Orts- und Stadtteilbeiräte sind Ohr, Auge und auch Sprachrohr. Sie gehen offenen Auges durch den Stadtteil, hören welche Anregungen und Fragen es gibt, welche Wünsche und Ängste Bewohner*innen mitbringen und können diese Informationen in den politischen Raum bringen.
- Orts- und Stadtteilbeiräte haben nicht die Aufgabe, die Positionen der Partei, von der Sie vorgeschlagen wurden, im Stadtteil zu vertreten. Vielmehr ist die Haltung der Stadtteilbeiräte eine neutrale, vermittelnde, lösungsorientierte. Der Blick gilt dem Gemeinwohl im Stadtteil und nicht der Stärkung von Einzelinteressen.
- Orts- und Stadtteilbeiräte können schon frühzeitig Menschen ins Gespräch bringen und die gemeinsame Suche nach der besten Lösung anstoßen, wenn Interessenslagen unterschiedlich sind.
- Orts- und Stadtteilbeiräte werden bei wichtigen Entscheidungen, die Ihren Wirkungsbereich betreffen, mit einbezogen und können direkt über den Oberbürgermeister Anträge in den Stadtrat bringen.
- Stadtteilbeiräte können selber auch Aktionen initiieren, um Menschen im Stadtteil zu aktivieren und um die Anliegen des Stadtteils noch genauer und besser kennenzulernen.

Unterstützung der Orts- und Stadtteilbeiräte

Die Geschäftsstellen der Orts- und Stadtteilbeiräte unterstützen die Beiräte bei organisatorischen Aufgaben und bei der Kommunikation mit den Fachämtern. In regelmäßigen Abständen finden Austauschgespräche statt, in die auch die weiteren städtischen Beiräte eingebunden werden, um einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. So kann auch der Bedarf an Unterstützung immer wieder aktualisiert werden.

Die Arbeit der Beiräte ist ehrenamtliche Arbeit und erfordert, wie jedes andere ehrenamtliche Engagement, Eigenmotivation und das Einbringen von Zeitressourcen. Zu Beginn einer neuen Amtsperiode werden die Beiräte zu ein oder zwei Schulungsveranstaltungen eingeladen (in diesem Jahr konnten die Inhalte nur schriftlich verteilt werden). Darüber hinaus wird es weiterhin ein jährliches Austauschtreffen geben, das thematisch vorbereitet wird und das der wechselseitigen Anregung und der Vernetzung der Akteur*innen dient.

Partner*innen im Stadtteil: In den Stadtteilen arbeiten in der Regel auch andere Akteur*innen von freien Trägern oder innerhalb städtischer Einrichtungen, die ebenfalls viel Wissen über die Belange des Stadtteils haben, viele Bewohner*innen persönlich kennen und auch über Räumlichkeiten verfügen, die nutzbar sind. Das sind, vor allem für die Stadtteilbeiräte wertvolle Kontakte und Netzwerkpartner, die mit vielen Informationen unterstützen können.

Projekt- und prozessbezogene Bürger*innenbeteiligung

Erfolgreiche große Beteiligungsthemen der vergangenen Jahre waren und sind u.a. die Planungen zur Umgestaltung des Zollhausplatzes, zur Gestaltung der Außenflächen des BBGZ, zur Entstehung des Bürgerhauses in Kriegenbrunn und die Planungen für das neue Stadtteilzentrum Büchenbach. Auch bei der Erstellung des seniorenpolitischen Konzepts, der Vorbereitung der Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs für den Großparkplatz oder bei der Konzipierung der Jugendklimakonferenz wurden erfolgreiche Beteiligungsprozesse durchgeführt. Einen sehr aufwändigen Prozess stellt der Verkehrsentwicklungsplan dar, der mit intensiver Bürger*innenbeteiligung erstellt wurde. Der Zweckverband Stadt-Umland-Bahn hat Ideen daraus aufgegriffen und in seinen Planungsprozess integriert.

Als Servicestelle hat sich das städtische „Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt“ etabliert. Das Büro unterstützt alle Fachämter bei der Auswahl von Beteiligungsthemen, der Konzeptionierung von Beteiligungsprozessen und spezifischen Veranstaltungen, berät zu unterschiedlichen Formaten, unterstützt mit Praxiswissen und know how, sowohl im Bereich Moderation als auch bei der Veranstaltungsorganisation direkt.

Informelle Beteiligung

Runde Tische

Runde Tische sind interdisziplinär besetzte Runden, in denen in der Regel ein konflikthafter Prozess oder eine problematische Entwicklung diskutiert werden. Am Runden Tisch sitzen in der Regel Vertreter*innen aus der Verwaltung, von Unternehmen, von Bauträgern, Verbänden und interessierten Bewohner*innen oder Betroffenen. Beiräte und Vertreter*innen aus bestehenden Gremien – wie z.B. den Orts- und Stadtteilbeiräten – sind regelmäßig eingeladen, wenn es um Belange vor Ort geht. Ziel ist die Entwicklung von Lösungen, das Initiieren von Veränderungsprozessen oder der Interessensausgleich. Prominentes Beispiel in der Stadt sind die Runden Tische, die die GEWOBAU in den Nachverdichtungsgebieten einberufen hat, um der Verunsicherung und den schwelenden Konflikten frühzeitig mit Informationen zu begegnen.

Befragungen

Das Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung ist hilfreicher Partner der Fachämter und der Politik. Befragungen helfen, wenn es darum geht in Erfahrung zu bringen, welche Bedarfe es in der Bürgerschaft gibt, wie Angebote wahrgenommen werden und wie hoch die Lebenszufriedenheit in der Stadt ist. Im Zuge dieser repräsentativen Umfragen können Bürger*innen indirekt Einfluss nehmen auf Programmplanungen oder Themensetzungen. GIS-gestützte Befragungen ermöglichen interaktive Eintragungen in Karten. Beispielsweise konnten Bürger*innen eintragen, wo aus ihrer Sicht Fahrradbügel fehlen.

Themenspezifische Beteiligungsangebote

Themenspezifische Beteiligungsangebote meint die gezielte Einladung von Interessensvertreter*innen (Stakeholdern) oder der direkt von den Planungen betroffenen Bürger*innen. Die Einladung richtete sich dann z.B. an Anwohner*innen, wenn es um Veränderung der Parkflächen geht, an Kinder, wenn im Rahmen der Spielplatzgestaltung das Spielplatzbüro einlädt, und an Sportvereine, wenn es um den Sportentwicklungsplan geht.

Moderierte Beteiligungsveranstaltungen

Bürger*innen sollen und wollen informiert werden. Vor allem natürlich, wenn Planungen und Vorhaben das Stadtbild verändern oder die grundlegenden Zielsetzungen von Stadtentwicklung und Stadtpolitik sich weiterentwickeln. Diese großen Veränderungsprozesse dauern viele Jahre. Um möglichst viele Einwohner*innen zu erreichen, ist hier eine für alle offene Infoveranstaltung oft der Anfang einer weiteren Reihe von Beteiligungsformaten. Erste Impulse und Anregungen aus der Bürgerschaft können hier z.B. einen städtebaulichen Wettbewerb inspirieren oder den Leistungskatalog von Ausschreibungen ergänzen.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Kinder und Jugendliche sollen als Expert*innen Ihrer Lebensrealität gehört werden und die Möglichkeit erhalten mitzuwirken. In Erlangen gibt es hier schon institutionalisiert das Jugendparlament, die Schüler*innenmitverwaltung und das Spielplatzbüro. Der Stadtjugendring hat, gemeinsam mit Vertreter*innen aus Politik, im Austausch mit Verbänden und Vereinen und dem „Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt“ ein Konzept zum Ausbau der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erstellt, das im Stadtrat verabschiedet wurde. Schwerpunkt des Konzepts ist eine Stärkung von Formaten und eine attraktive Infobörse über die Internetseite „beteiligt und dabei“.

Gesetzlich geregelte Beteiligungsthemen

Neben der informellen Bürger*innenbeteiligung steht, gesetzlich vorgeschrieben, die formelle Beteiligung. Untere anderem regelt das Baugesetzbuch die formelle Bürger*innenbeteiligung bei der Bauleitplanung (Flächennutzungsplan und Bebauungspläne), nennt dort die zu beteiligenden Interessensvertreter*innen oder Betroffenen sowie Auslegungs- und Einwendungsfristen. Die gesetzlich vorgeschriebenen Formate sorgen für Rechtssicherheit bei allen Beteiligten.

Weiterhin sind die Verfahren zum Bürgerbegehren und Bürgerentscheid und das Petitionsrecht gesetzlich geregelt. Gesetzlich verankert ist auch der Rechtsanspruch auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Ausblick

Fehlen gute Formate und fundierte Methoden der Bürger*innenbeteiligung, hört die Stadtgesellschaft und die Politik nur die Lauten oder den Widerstand. Die Stillen, die, die sich nicht trauen, vor anderen Menschen zu sprechen, kommen dann nicht zu Wort. Die Forschung sagt, dass Zeit, Geld, Bildung und Kompetenz entscheidende Ressourcen für Interesse und Bereitschaft an Beteiligung sind.

Wer sich also kompetent fühlt, über Zeit und Bildung verfügt, will sich eher einbringen als Menschen, die keine Selbstwirksamkeitserfahrungen gemacht haben und über weniger Geld und Bildung verfügen. Hier muss über aktivierende, aufsuchende und kreative Formate Interesse für Beteiligung auch bei schwer erreichbaren Zielgruppen geweckt werden. Gute Bürger*innenbeteiligung sucht also auch auf und ermutigt, hört zu und muss es sich zur Aufgabe machen, immer die Vielfalt der Betroffenheit und Blickwinkel einzuholen. Die Chance, so verständliche Information zu den Hintergründen von Planungen zu transportieren, sollte unbedingt genutzt werden. Das kann das Verständnis für Entscheidungen überall in der Bevölkerung erhöhen und ist aktive politische Bildung. Dieses wachsende Verständnis stärkt das Vertrauen und das Zutrauen in die politischen Entscheidungsorgane der repräsentativen Demokratie.

Es ist jetzt wichtig, immer wieder die Standards guter Bürger*innenbeteiligung deutlich zu machen, zu benennen, was gute Beteiligung von allen Akteur*innen fordert und was Bürger*innenbeteiligung meint: Gemeinsam die beste Lösung für möglichst viele auszuhandeln. Es gilt dazu zu ermutigen, Vielfalt zuzulassen, und für diese Prozesse sollte zu Beginn einer jeden Veranstaltung eine „Etikette“ vereinbart werden. Bei stark aufgeladenen Themen kann es auch eine Zumutung sein, mehr als nur die eigene Wahrheit zuzulassen und Respekt vor anderen Meinungen und Haltungen zu bewahren – dafür gilt es mit viel Energie weiter zu werben, dann kann sich Beteiligung weiter positiv entwickeln. Auch bei sehr polarisierten Themen sollte eine Verständigung darüber erfolgen, dass es immer eine Bereitschaft zum Austausch, zum Zuhören und zum Aushandeln geben sollte, und dass die Verweigerung von Gespräch oder Mediation bei sehr polarisierten, verfahrenen Themen nicht möglich sein sollte. Manchmal braucht es dann Vermittler*innen und neutrale Moderator*innen, um konstruktiv weiterarbeiten zu können.

Die Stadt Erlangen verfügt mittlerweile über einen Werkzeugkasten, angefüllt mit neuen Methoden und Formaten, die erprobt und weiterentwickelt werden. Aber es ist noch Platz für Spezialwerkzeug.

Erprobung neuer Formate

Online-Beteiligung

Bei Präsenzveranstaltungen ins Gespräch zu kommen, Informationen im persönlichen Gespräch zu vertiefen, in gemeinsamer Diskussion Ergebnisse zu erarbeiten, zu versuchen, andere Standpunkte zu verstehen und auch andere Menschen kennenzulernen – das sind die unschlagbaren Vorteile von Präsenzveranstaltung. Aber gerade haben wir erfahren, dass nicht immer alles möglich ist und wir müssen alternative Tools nutzen, um den Bürger*innen die Möglichkeit der Beteiligung zu erhalten. Für Menschen ab 16 Jahren findet ein großer Teil des Alltags, der Kommunikation und der Gestaltung von Freizeit digital statt. Wir sehen eine große Chance auch neue Bevölkerungsgruppen zu erreichen und zu aktivieren. Wir werden für die Weiterentwicklung der Bürger*innenbeteiligung in Erlangen eine Plattform und Werkzeuge für Onlinebeteiligung installieren. Online und offline müssen sich klug ergänzen, um möglichst viele Menschen in der Stadt zu erreichen. Das „ob“ digitaler Beteiligung kann nach den Erfahrungen der vergangenen Monate nicht mehr zur Diskussion stehen – sehr wohl aber das „wie“ und das „wann“.

Denn Online-Beteiligung

- ist immer und fast überall möglich
- erreicht die Jungen
- ermöglicht schnelle Aktualisierung von Information und Ergebnispräsentation
- ermöglicht die Bündelung vieler Themen an einem Ort
- kann schnell ein Stimmungsbild abbilden
- ist kostengünstig

Für einen sehr großen Teil der Jugendlichen gilt: Was nicht online ist, existiert nicht. Dieses Ergebnis teilt die Shell Jugendstudie (2015) mit und sagt gleichzeitig, dass das Interesse der Jugendlichen an Politik seit der letzten Studie um 6 Prozent angestiegen ist und dass es gelingt 41% Menschen zu beteiligen, wo sie sich bewegen - eben auch im Internet.

Aber:

- Online schließt die aus, die keinen Zugang haben
- Online schließt oft ältere Mitbürger*innen aus
- Online setzt Kompetenzen voraus
- Online kann zum Fastfood verkommen, wenn es immer nur darum geht, Stimmungsbilder abzuholen

Die Pandemie hat auch im Handlungsfeld Bürger*innenbeteiligung die Notwendigkeit von mehr Digitalisierung sichtbar werden lassen. Die Möglichkeiten sich in Webex-Meeting zu treffen, Bürger*innensammlungen und Stadtratssitzungen per Livestream zu übertragen, Beiratssitzungen in den digitalen Raum zu verlegen, Menschen über hybride Formate (Plakatierung mit QR-Code im Stadtgebiete, die auf die Storybox Corona lenken) anzusprechen oder die Ausrichtung eines KlimaBarCamps – das alles sind Beispiele dafür, dass Verwaltung sehr aktiv daran arbeitet, sich den Anforderungen anzupassen und viel Kreativität entwickelt, um Lösungen zu finden. Für die Mitarbeiter*innen heißt es, sich mit neuen Möglichkeiten vertraut zu machen, sich dem Digitalen stärker zuzuwenden und die Scheu vor den neuen, unterschiedlichen

Tools abzubauen. Es erfordert jedoch auch unbedingt Schulungsprogramme, die über Online-Tutorials hinausgehend Anwendungsfragen beantworten und die ganze Vielfalt eines neuen digitalen Werkzeugs erklären. Und es ist hilfreich, die Möglichkeiten zu schaffen, diese Werkzeuge zu erproben und Sicherheit im Umgang damit zu gewinnen.

Die Einrichtung von digitalen Werkzeugen zur Beteiligung von Bürger*innen in Zeiten von sehr eingeschränkten Kontakten erachtet das Büro für Bürger*innenbeteiligung und Ehrenamt aktuell als drängendste Aufgabe. Es geht darum, die Möglichkeit zu haben, Stimmungsbilder abzufragen, Anregungen und Kommentare zu empfangen, ggf. auch Abstimmungen durchzuführen.

Einführung von Stadtteilbudgets

Die Verwaltung erarbeitet aktuell ein Konzept zur Einführung von Orts- und Stadtteilbudgets. Mit der Einführung von Stadtteilbudgets soll das Miteinander im Stadtteil gestärkt werden und die Eigeninitiativen der Bewohner*innen gefördert werden. Für die Verwendung der Mittel werden Richtlinien erarbeitet. Die Orts- und Stadtteilbeiräte sollen aktiv in das Entscheidungs- und Vergabeprocedere eingebunden werden.

Formate mit Zufallsbürger*innen

Wenn die Stadtverwaltung zu Beteiligungsveranstaltungen einlädt, dann versammeln sich häufig vor allem die immer aktiven Bürger*innen oder Menschen, die vom Thema unmittelbar betroffen sind. Die Ergebnisse dieser Treffen bilden aber eben keinen Querschnitt der Erlanger Stadtgesellschaft ab und viele Lebenslagen und Blickwinkel und Impulse sind dann nicht berücksichtigt.

Eine Lösung bietet die Aktivierung von „Zufallsbürger*innen“. Das Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung kann eine repräsentative Auswahl von Bürger*innen aus dem Einwohnermelderegister anschreiben, Informationen versenden und zur Teilnahme an einem Beteiligungsprozess einladen. Es gelingt so eine wirklich diverse Mischung von Menschen aus der Stadtgesellschaft zu mobilisieren. In Erlangen macht der Zweckverband Stadt-Umland-Bahn seit Beginn der Planungen 2017 sehr gute Erfahrungen mit Zufallsbürger*innen, von denen insgesamt 14 über das Dialogforum direkt in den Planungsprozess eingebunden sind.

Perspektivisch soll die Methode in Erlangen als ein neues Format erprobt werden. Hier kann z.B. ein Bürger*innenrat, besetzt mit zufällig ausgewählten Bürger*innen, eine Empfehlung für den Stadtrat erarbeiten. Die Methodik kann insbesondere Einsatz finden, wenn es Fragestellungen oder Planungsthemen in der Stadt gibt, die sehr konträr diskutiert werden. Das Format ist aufwändig in der Vorbereitung und in der Durchführung – jedoch ist das, was dort erarbeitet wird, das Ergebnis von viel Information, Fachwissen und Diskussion, ergänzt durch eigene Wissensaneignung der Teilnehmer*innen. Ein Bürger*innenrat dauert in der Regel zwei bis vier Tage und muss von Beginn an von Moderator*innen unterstützt werden.

Politik gewinnt hier unbedingt, denn es entsteht ein sehr ausführlich diskutiert und von vielen Blickwinkeln beleuchtetes Ergebnis, das unter Berücksichtigung aller zur Verfügung stehenden Informationen einen breiten Konsens für die Stadt abbildet.

Stärken der Zufallsauswahl	Schwächen der Zufallsauswahl
Einbeziehung eines breiten Interessens- und Meinungsspektrums auch außerhalb der Szene der Aktiven	Teilnahme erfordert mindestens Interesse am Thema oder persönliche Betroffenheit
Akzeptanz in der Bevölkerung, es entsteht das Gefühl, das wirklich viele hier vertreten sind	
Die Diskussion kann nicht von Stakeholdern dominiert werden	Die Beschränkung des Zugangs führt zu Enttäuschung bei engagierten Interessierten
Eignet sich vor allem gut für konfliktreiche, strittige Themen	Es entstehen höhere Kosten durch Moderation und Expert*innen und Bewirtung und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit
Nicht Repräsentativität ist das Ziel sondern Diversität	Alle Aktivitäten müssen niedrigschwellig konzipiert und kommuniziert werden um viele Zielgruppen zu erreichen
Wertschätzung für diesen hohen Zeitaufwand durch ein Expert*innenhonorar oder Erstattung eines Verdienstausfalls	

Erhöhung der Diversität, Ausbau der „kooperativen Planung“ und aufsuchende Arbeit

Wie Zugänge zu den sogenannten „schwer erreichbaren“ Zielgruppen geschaffen werden können, dazu weiß Erlangen schon viel mehr als vor sechs Jahren. Am Erlanger Institut für Sportwissenschaften wurde die Methode der „kooperativen Planung“ entwickelt, die wir in drei Beteiligungsthemen erproben konnten. Der Ansatz zielt auf die Ansprache und Aktivierung von Menschen aus benachteiligten Milieus und der Herstellung von Augenhöhe in Beteiligungsprozessen ab. Mit der Nutzung des „Mittler*innenpools“, der beim Amt für Sport und Gesundheitsförderung angesiedelt ist, können wir zudem weitere niedrigschwellige Zugänge auf Stadtteilebene erschließen. Der Vielfaltsgedanke zielt jedoch nicht ausschließlich auf marginalisierte Milieus ab, sondern begreift das Eröffnen von Zugängen für alle als wegweisend.

Eine Aufgabe für die Zukunft wird auch sein, Informationen, die Rechtssicherheit in Planungsverfahren sichern, so zu ergänzen, dass sie verständlicher werden. Zudem sollte der Begriff „schwer erreichbar“ weiter gefasst werden. Denn schwer erreichbar sind viele, unter anderem auch Studierende, die davon ausgehen, dass sie die Stadt wieder verlassen – aber dennoch zukunftsgerichtete Impulse geben könnten.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Neugestaltung und Neuordnung des Themas Bürger*innenbeteiligung auf der städtischen Internetseite ist in Arbeit und soll, bis zum Relaunch, in einer Interimslösung realisiert werden. So soll vor allem auch die Vorhabenliste als umfassendes Informationstool weiter beworben und bekannt gemacht werden. Zwei Erklärvideos, die die Vorhabenliste und das Thema Bürger*innenbeteiligung thematisieren, entstehen gerade und können sowohl im städtischen Internetauftritt als auch auf den Social-Media-Kanälen genutzt werden.